16. September 2014

Fraktion DIE LINKE.
im Stadtrat Gera
Fraktionsgeschäftsstelle
Dr. W. Neudert

Wichtige Ergebnisse der Sonder-Stadtratssitzung vom 15.09.2014

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. fand am 15.09. eine Sondersitzung des Stadtrates zum Thema
„Verantwortung der Stadt Gera/Stadtrat als Gesellschafter der Stadtwerke Gera AG zur Sicherung des Vermögens und zum Erhalt der Leistungen im Rahmen der Daseinsvorsorge“
statt.
Die Dringlichkeit ergab sich aus dem Tatbestand, dass der Fakt droht, dass am 30.09.2014 aus der vorläufigen Insolvenz eine tatsächliche für die Stadtwerke AG, die Geraer Verkehrsbetrieb GmbH und die Flugbetriebsgesellschaft mbH wird.
Die Tagesordnung der regulären Sitzung des Stadtrates am 18.09. weist einen solchen Punkt nicht aus.
DIE LINKE. handelt aus der tief begründeten Sorge heraus, dass die bisherigen Handlungsweisen der Stadtverwaltung, mit der OB an der Spitze, nicht ausreichen, um die drohende Einleitung von Insolvenzverfahren abzuwenden.
Eine von ihr eingebrachte Vorlage mit Sofortmaßnahmen zur Abwendung der Insolvenz für den GVB fand nicht die erforderliche 2/3 Mehrheit des Stadtrates, um auf die Tagesordnung gesetzt zu werden. Damit sind nachfolgende Aufträge an die Verwaltung nicht bestätigt worden:

1. Die in der Drucksache Nr. 10/2014 am 16.04.2014 und in der 1. Ergänzung am 24.06.2014 eingestellten Gelder zur Unterstützung der Geraer Verkehrsbetrieb GmbH in Höhe von 2.500.000 € sind im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung für das Jahr 2014 der Geraer Verkehrsbetrieb GmbH zur Verfügung zu stellen, um so die finanziellen Absicherung der Weiterführung eines ÖPNV-Angebots in Gera durch den Verkehrsbetriebe zu gewährleisten. Für die Jahre 2015-2016 ist entsprechend des Haushaltssicherungskonzeptes der Verlustausgleich in Höhe des von der Geraer Verkehrsbetrieb GmbH vorgelegten Sanierungsplanes mit der Geraer Verkehrsbetrieb GmbH vertraglich zu vereinbaren.

2. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, entsprechend des unter Punkt 1 durch den Stadtrat gefassten Beschlusses zu verfahren und diese Mittel im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung der Geraer Verkehrsbetrieb GmbH als Teil eines Sanierungsplans zur Verfügung zu stellen mit der Zielstellung, damit die Unternehmensfortführung zu sichern und das Insolvenzverfahren umgehend zu beenden.

3. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, den Willen des Stadtrates zur Abwendung der Insolvenz der Geraer Verkehrsbetrieb GmbH, den vorläufigen Sanierungsplan der Geraer Verkehrsbetrieb GmbH mit der Thüringer Landesregierung in einem Konsolidierungspakt zu vereinbaren und dem Stadtrat am 18.September 2014 dazu Bericht zu erstatten.

4. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der GVB GmbH und der SWG AG, die sich in der Ruhephase der Altersteilzeit befinden und momentan keine Vergütung erhalten, im Rahmen ihrer Sorgfaltspflicht als Gesellschafter eine Lösung im Stadtrat am 18.September 2014 aufzuzeigen.
Im Redebeitrag der Fraktion DIE LINKE. (siehe Redebeitrag A. Schubert) wurde der Vertreter des Gesellschafters, nämlich der Stadtrat, aufgefordert alles, wirklich alles zu unternehmen, um die drohende Insolvenzen abzuwenden.
Die Diskussion machte doch sehr unterschiedliche Positionen der einzelnen Fraktionen deutlich, wenn auch alle davon sprachen, die Insolvenz abwenden zu wollen. Unterschiedlich waren auch die Positionen dazu, was durch die Verwaltung jetzt zu machen ist.
Am Ende steht greifbar nur der oben unter Punkt 4 genannte Auftrag, der durch den Stadtrat mehrheitlich beschlossen wurde.

Redebeitrag A. Schubert:

Begrüßung,

Frau Oberbürgermeisterin, wir haben in den letzten Tagen, Wochen, ja Monaten ganz viele Gespräche mit unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern geführt, am Infostand, bei Veranstaltungen usw..
Das Thema Nr. 1 dabei war die Frage:
Wie geht es weiter mit unserer Stadt, mit unseren Stadtwerken, unserer öffentlichen Daseinsvorsorge?
In diesen Gesprächen, Frau Dr. Hahn, schilderten die Einwohner wiederholt ihren Eindruck, dass der Patient Gera, den sie ja gesundpflegen wollten, sich inzwischen dem Siechtum mehr angenähert hat, als der Gesundung...

Und deshalb haben sie zu tausenden den von der Gewerkschaft Ver.di initiierten EWA unterschrieben und eine umgehende Befassung des Stadtrats verlangt.

Wir hätten uns dringend gewünscht, dass wir innerhalb einer Woche, so wie in der Geschäftsordnung des Stadtrats beschrieben, dazu im Stadtrat die Debatte führen können, denn der 30.09. steht als Termin, wo sich das Zeitfenster endgültig schließt, den Insolvenzfall abzuwenden.

Worum geht es aber wirklich und was soll heute mit dieser Sitzung erreicht werden?

Die Stadt Gera ist alleiniger Gesellschafter der Stadtwerke AG und darüber auch der der Geraer Verkehrsbetriebe GVB und wir, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen Stadtratsmitglieder, wir hier sind die Gesellschafterversammlung, die nicht nur ein Recht sondern auch die Pflicht dazu hat sich mit den existenziellen Fragen zu beschäftigen, die der drohende Insolvenzfall für unsere Stadt und ihre Einwohner mit sich bringen würde. Übrigens würde auch eine richtige Insolvenz der Stadtwerke, oder des GVB nichts aber auch gar nichts an dem gesetzlich fixierten Aufgaben der Stadt für die öffentliche Daseinsvorsorge ändern, diese haben wir trotzdem noch genauso zu erfüllen.

Es geht also werte Kolleginnen und Kollegen, werte Leiterin der Lokalredaktion, um viel mehr als lediglich den Schein zu wahren, sondern wir haben die Aufgabe alles, aber auch wirklich alles zu versuchen diesen Insolvenzfall der öffentlichen Daseinsvorsorge abzuwenden, denn anderenfalls wird ab 1. Oktober die Politik, sowohl auf kommunaler, als auch auf Landesebene fast jegliche Einfluss- und damit auch zu großen Teilen die Steuerungsmöglichkeit verlieren und nur noch der Insolvenzverwalter entscheiden der sich allein dem Gläubigerausschuss gegenüber rechtfertigen muss....

Doch schon jetzt werden offensichtlich Fakten geschaffen, ist von der Entlassung von Mitarbeitern die Rede, von einem Notfahrplan des GVB – von dem keiner weiß, wie er tatsächlich aussieht – und vom Verkauf, der Privatisierung, nicht nur der Wohnungsgesellschaft GWB Elstertal sondern auch weiterer Bestandteile der Daseinsvorsorge...

Es geht also in diesem September um die Fundamente unseres Gemeinwesens und wann wenn nicht jetzt, so frage ich Sie, ist eine dringliche Sondersitzung des Stadtrates denn sonst geboten?! Wann, wenn nicht jetzt?

Deshalb haben Sie Frau Oberbürgermeisterin ihrer Verpflichtung, Schaden von Gera abzuwenden, einen Bärendienst erwiesen. als sie erst für heute einluden und damit jenen politischen Einflüsterern zustimmten, die eine Diskussion dieses drängendsten kommunalpolitischen Problems vor der Landtagswahl in jeden Fall verhindern wollten....

Wir dürfen aber nicht toter Käfer spielen, während z.B. im GVB Betriebsversammlung auf Betriebsversammlung folgt und die Notsituation, in der sich unsere Stadt befindet mit einem regulären Sitzungsdienst beantworten , wo das Thema öffentlich noch nicht mal eine Rolle spielen soll – Einladung 18. September.

Damit werden wir, die ja nun gerade erst neu gewählten Stadträte unserer Funktion als Treuhänder des kommunalen Eigentums, als politische Verantwortungsträger für die Stadt Gera und damit auch der Daseinsvorsorge, gesetzlich verpflichtenden Aufgaben des Alltags unserer Einwohner abzusichern, in keiner Weise gerecht – Politikverdrossenheit wird damit geradezu herbeiorganisiert – fatal für unsere Demokratie!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
wir als LINKE sind zutiefst davon überzeugt, dass es noch immer eine Lösung jenseits des Konkurses der öffentlichen Daseinsvorsorge geben kann und geben muss! Dabei geht es uns nicht um ein „weiter so" wie bisher, aber es geht darum politische Entscheidungsmöglichkeiten für die Daseinsvorsorge unserer Stadt zu erhalten denn die Auswirkungen auf Gera werden anderenfalls unvorhersehbar sein. Doch dazu muss diese noch amtierende Landeregierung endlich die politische Verweigerungshaltung aufgeben und einen längst überfälligen Beitrag dafür leisten – übrigens auch im wohlverstandenen finanziellen Eigeninteresse des Landes! Wir brauchen für die Stadtwerke einen Rettungsschirm um die öffentliche Daseinsvorsorge aus der vorläufigen Insolvenz herauszuführen und im politischen Verantwortungsrahmen ohne die Logik des Insolvenzrechts zukunftssichere Lösungen für die Gera zu organisieren.
Wer uns dabei glauben machen will, dass bisher alles aber auch wirklich alles durch die Verantwortlichen in dieser bisherigen Landesregierung dafür getan wurde, der nimmt es mit der Wahrheit nicht so genau. In Erfurt weiß man seit langem um die sich zuspitzende Situation in Gera, nicht zuletzt durch die offenen Briefe der Landtagsabgeordneten der LINKEN an die Ministerpräsidentin, in denen auf die drohende Insolvenz ohne Landesunterstützung hingewiesen wurde!
Doch bis heute gab es von Erfurt keine wirksame Hilfe und dies ist ganz offensichtlich einer politisch motivierten Verweigerungshaltung zuzuschreiben.
Dabei wurde uns auch in Gera die Rettung der Stadtwerke medial ja schon einmal verkündet, just am Freitag vor Kommunalwahl – wer erinnert sich nicht an die dicke Schlagzeile in der Lokalpresse?!
Nur war die Jubelmeldung leider ohne Substanz, wie wir inzwischen alle wissen.
Nun kurz vor der Landtagswahl waren es 1,5 Millionen Euro die der Noch-Finanzminister Voß Gera versprach – geflossen ist bisher kein einziger Euro - eine Scheinhilfe, da in der Begründung der Konkursfall als unabänderliches Schicksal dargestellt wurde. Um den

Insolvenzfall der Stadtwerke zu verhindern, braucht es aber einen Kabinettsbeschluss für eine Landesbürgschaft und der kann auch jetzt noch in den noch zur Verfügung stehenden 14 Tagen gefasst werden. Damit beginnen aber unsere Fragen:

Nach 2 Monaten Tätigkeit des vorläufigen Insolvenzverwalters Jaffe hat sich DIE LINKE Ende August dafür interessiert, was denn durch ihn für Zahlen und Fakten recherchiert wurden.
Welche Außenstände und Verbindlichkeiten hat die Stadtwerke AG und welche die GVB, also wie groß ist der tatsächliche kurzfristige Finanzbedarf um politische abschätzen und bewerten zu können mit welcher Hilfestellung die vorläufige Insolvenz wieder verlassen werden kann...
Am 29. August wurde durch die Oberbürgermeisterin und die Fraktionsvorsitzenden ein Schreiben an Herrn Jaffe gerichtet, mit der Bitte uns einen Termin vorzuschlagen, wo uns, der Gesellschafterversammlung der in der vorläufigen Insolvenz befindlichen Stadtwerke AG und GVB, in nichtöffentlicher Sitzung Auskunft darüber gegeben wird. Wir wissen, dass der vorläufige Insolvenzverwalten dazu nicht verpflichtet ist – leider, doch genauso klar ist natürlich auch, dass es mehr als legitim ist sich als Gesellschafter darüber informieren zu lassen und zwar so schnell als möglich, um ein Zeitfenster für politisch unterstützte Rettungsmaßnahmen zu erhalten.
Inzwischen werden gerüchteweise viele verschiedene Zahlen genannt, die den kurzfristigen Liquiditätsbedarf der Stadtwerke AG und des GVB beschreiben, der Summe also, die notwendig wäre um die vorläufige Insolvenz zu beenden. Sie reicht von wenigen Hunderttausend Euro bis zu Millionenbeträgen....
Genaues wissen wir bis heute nicht, weil der Insolvenzverwalter leider nicht auf unser Schreiben reagiert. Was aber zu vermuten ist, dass die Motivation des Insolvenzverwalters die Unternehmen aus der vorläufigen Insolvenz herauszuführen, wahrscheinlich nicht so groß sein wird, wie sie hier bei uns im Stadtrat sein müsste, um alle Entscheidungen zur Daseinsvorsorge in Gera mit demokratisch legitimierten Gremien abstimmen zu können. Wir als Gesellschafter der von Insolvenz bedrohten Unternehmen, wir als Gesellschafterversammlung müssen doch dem vorläufigen Insolvenzverwalter die Vorgaben machen in welche Richtung Lösungsansätze zu suchen sind und in wo eben auch nicht!
Und dabei steht für uns als LINKE fest: eine Privatisierung von Teilen der öffentlichen Daseinsvorsorge ist für uns ausdrücklich keine Lösung für eine nachhaltige und positive Stadtentwicklung – wir wollen politisch Handlungsspielräume erhalten und diese würden bei

Privatisierungen dauerhaft verloren gehen. Statt Privatisierungen will die LINKE den Prozess der Re-kommunalisierung vorantreiben. Deshalb sagen wir klar und deutlich, wer die Privatisierung von Teilen unserer Stadtwerke verhindern will – und dazu kann sich ja im Anschluss jede Fraktion hier positionieren – der muss ein Interesse daran haben den Insolvenzfall vor dem 1. Oktober abzuwenden! Dazu müssen aber jetzt Fakten auf den Tisch und statt Alibi-Aktivitäten endlich substanzielle Schritte gegangen werden insbesondere durch die Landesregierung aber auch durch die Stadt Gera. Beide Körperschaften sind jetzt noch Herr des Verfahrens und deshalb Frau Oberbürgermeisterin muss es das Ziel, muss es unser Ziel sein Herr Jaffe am 30. September den Dank für die geleistete Arbeit auszusprechen und ihn anschließend nach Hause zu schicken mit seinem gesamten Beraterstab, weil wir ohne Konkurs die Stadtwerke umstrukturieren und unseren Nahverkehr betreiben können – das muss unser Ziel sein!!!

Und deshalb gab es heute den von uns initiierten Antrag konkret zur Abwendung des Insolvenzfalls der Geraer Verkehrsbetriebe. Der gesetzliche Sicherstellungsauftrag erfordert geradezu den Einsatz aller Mittel, um die gesetzliche Pflichtaufgabe öffentlicher Personennahverkehr aufrechtzuerhalten. Deshalb fordern wir die unverzügliche Auszahlung der für den GVB vorgesehenen 2,5 Millionen Euro als Verlustausgleich. Damit kann in Zusammenhang mit einem Sanierungsplan die Voraussetzungen zur Unternehmensfortführungen und der Beendigung des Insolvenzverfahrens gesichert werden.

Und auch für die Stadtwerke-Zukunft liegen Lösungsansätze ja vor und sind seit Monaten auch in den Aufsichtsgremien Gegenstand der Beratungen gewesen. Die neuen Stadtwerke müssen in einem transparenten Diskussionsprozess entwickelt werden, in dem die Kompetenzen der Mitarbeiter und Geschäftsführungen genauso eingebunden werden, wie die politischen Zielvorgaben für eine zukunftssichere Daseinsvorsorge in Gera. DIE LINKE ist bereit sich an einem solchen Diskussionsprozess aktiv und konstruktiv zu beteiligen. Aber dafür muss jetzt endlich das Versteck spielen aufhören, das kann sich Gera nun wirklich nicht mehr leisten! Wir brauchen Antworten! Antworten um die endgültige Insolvenz abzuwählen!
Aber selbst die einfachsten Fragen kann oder will uns weder die Oberbürgermeisterin noch ihr Stellvertreter im Amt der Bürgermeister Dannenberg beantworten: z.B. die, wer eigentlich die Stadt Gera im vorläufigen Gläubigerausschuss vertritt, der Ausschuss also der Forderungen an

die Stadtwerke bündelt, dem Insolvenzverwalter die Vorgaben macht und da hat gerade die Stadt Gera eine ganz besondere Rolle!

Doch trotz einer Zusage von Ihnen Herr Dannenberg im öffentlichen Teil des Hauptausschusses am 1. September, also vor 2 ganzen Wochen, uns dies schriftlich zu übermitteln, liegt dies bis heute nicht vor.

Wir sind als LINKE mehr als irritiert darüber, dass eine Zusage von Ihnen, Herr Dannenberg, dem Bürgermeister der Stadt Gera, so wenig wert ist. Ich hoffe wir bekommen heute hier Auskunft darüber, wer die Stadt Gera in diesem wichtigen Gremium vertritt und wo sich diese Person wann und mit welchen Gremien über dort zu treffende Entscheidungen politisch rückkoppelt?!

Weitere dringende Fragen stehen im Raum:

Wie nimmt gegenwärtig die Verwaltungsspitze ihre Aufgabe zur Abwendung von Schaden gegenüber der Stadt Gera (Vermögensverlust/ Einnahmeausfälle durch haushaltsrelevante Umsatz-, Einkommens- und Ertragsverluste/ Rückzahlung von Fördermitteln – Imageverlust) wahr und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die weitere kurz-, mittel- und längerfristige Stadtentwicklung?

- Welche Auffassung vertritt die Verwaltungsspitze zur direkten Einbeziehung des Stadtrates in die Entscheidungsfindung zur Abwehr weiterer Schäden für die Entwicklung der Stadt Gera und die Wahrnahme der Verantwortung gegenüber anderen Gläubigern, um Arbeitsplätze im Rahmen der Daseinsvorsorge zu erhalten?

– Welche Konsequenzen muss die Stadt Gera zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge ziehen, auch zur Information von Beschäftigten und Einwohnern, sowie Gästen der Stadt, wenn im Konkursfall Leistungen der Daseinsvorsorge drastisch reduziert werden - z.B. mit einem Notfahrplan auf allen Strecken und Linien der GVB ab 1. Oktober 2014 - oder gar Teile der Daseinsvorsorge wie die GWB Elstertal verkauft werden?

– Hat denn das Land tatsächlich wie erzählt wird, auch schriftlich, eine Übernahmegarantie der durch die Stadt per Patronatserklärung abgesicherten Kreditmillionen zugesagt, bzw. wenn nicht was passiert im Falle, dass die Banken die zu tilgenden Kreditmillionen gegenüber der Stadt fällig stellen?

– Was passiert also ab dem 1. Oktober – Frau Dr. Hahn, das fragen wir Sie als Oberbürgermeisterin von Gera und als Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Stadtwerke AG?

Und das sind noch längst nicht alle Fragen auf die wir als Stadträte, und auch die Einwohner von Gera dringend eine Antwort suchen.

Leider wurde viel Zeit verschenkt, ohne das es bis heute diese Antworten gibt, aus denen heraus sich Aktivitäten zur Abwehr der Insolvenz entwickeln müssen. Aber noch haben wir 14 Tage und deshalb empfehlen wir ganz dringend die Zustimmung zum vorliegenden Antrag, denn ohne funktionierenden Nahverkehr wird der Alltag einer großen Zahl von Einwohnern deutlich eingeschränkt werden. Und ohne eine Abwendung der Insolvenz der Stadtwerke wird Gera, werden unsere Einwohner, werden die Beschäftigten aber auch das Land einen verdammten hohen Preis dafür bezahlen. Dies kann Politik verhindern – dies muss Politik verhindern, das erwarten ganz viele Einwohner auch von uns – den Stadträten -denn wir sind nicht nur für das verantwortlich was wir tun, sondern auch für das was wir nicht tun.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

S T A D T G E R A **DRINGLICHKEITS-VORLAGE**

Stadtrat

X	
öffentlich	
nichtöffentl.	

Datum	**Drucksachen Nr**. (ggf. Nachtragsvermerk)
15.09.2014	**108/2014**

Beratungsergebnis

Beratungsfolge	Termin	Ein	Für	Geg	Ent	Bemerkungen
Stadtrat	15.09.2014					

Betreff:

Abwendung der Insolvenz bei der Geraer Verkehrsbetrieb GmbH

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

1. Die in der Drucksache Nr. 10/2014 am 16.04.2014 und in der 1. Ergänzung am 24.06.2014 eingestellten Gelder zur Unterstützung der Geraer Verkehrsbetrieb GmbH in Höhe von 2.500.000 € sind im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung für das Jahr 2014 der Geraer Verkehrsbetrieb GmbH zur Verfügung zu stellen, um so die finanziellen Absicherung der Weiterführung eines ÖPNV-Angebots in Gera durch den Verkehrsbetriebe zu gewährleisten. Für die Jahre 2015-2016 ist entsprechend des Haushaltssicherungskonzeptes der Verlustausgleich in Höhe des von der Geraer Verkehrsbetrieb GmbH vorgelegten Sanierungsplanes mit der Geraer Verkehrsbetrieb GmbH vertraglich zu vereinbaren.

2. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, entsprechend des unter Punkt 1 durch den Stadtrat gefassten Beschlusses zu verfahren und diese Mittel im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung der Geraer Verkehrsbetrieb GmbH als Teil eines Sanierungsplans zur Verfügung zu stellen mit der Zielstellung, damit die Unternehmensfortführung zu sichern und das Insolvenzverfahren umgehend zu beenden.

3. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, den Willen des Stadtrates zur Abwendung der Insolvenz der Geraer Verkehrsbetrieb GmbH, den vorläufigen Sanierungsplan der Geraer Verkehrsbetrieb GmbH mit der Thüringer Landesregierung in einem

Konsolidierungspakt zu vereinbaren und dem Stadtrat am 18.September 2014 dazu Bericht zu erstatten.

4. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der GVB GmbH und der SWG AG, die sich in der Ruhephase der Altersteilzeit befinden und momentan keine Vergütung erhalten, im Rahmen ihrer Sorgfaltspflicht als Gesellschafter eine Lösung im Stadtrat am 18.September 2014 aufzuzeigen.